

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Ehlers
Ausschussmitglied Michael Kunze

Mitglied SPD-Fraktion

Vertreterin Christina Heide
Ausschussmitglied Gesche Marxfeld
Ausschussmitglied Sebastian Seidel

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Stellv. Ausschussvorsitzender Georg Berner-Waindok
Ausschussvorsitzende Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Grundmandat Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert

Mitglied AfW-Fraktion

Ausschussmitglied Irina Moriß-Kappes

Vertretung der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Beate Bartnick-Hoeft

Stadtelternrat

Stimmberechtigter Sachverständiger Martin Burkhart

Schülervertretung

Schülervertreter René Gommers

Vertretung der Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Gabriele Runge

Gastgebende Grundschule Rheinstraße

Schulleiter Herr Bergner

Gäste

Frau Thiesen, Niedersächsische Landesschulbehörde
Schulleitungen Frau Rossié (IGS), Frau Schürmann (Grundschule Sengwarden), Herr
Pommer (Oberschule Stadtmitte), Herr Stöver (Marion-Dönhoff-Schule)

Verwaltung

Herr Feist
Herr Mertens
Herr Hofmann

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschriften über den öffentlichen Teil der gemeinsamen Sitzung von Schulausschuss und Betriebsausschuss GGS vom 07.04.17 und über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 17.08.17
- 3 Genehmigung der Tagesordnung und Verpflichtung nach § 60 NKomVG
- 4 Anfrage Ratsherr Kunze
- 5 Antrag der Gruppe GUS: Verkehrssicherheit für die SchülerInnen auf den Schulwegen **539/2017**
- 6 Mitteilungen und Anfragen
 - 6.1 Informationen zur Grundschule Rheinstraße
 - 6.2 Informationen zu der Entwicklung der Schülerzahlen
 - 6.3 Bericht des Stadtelterrates zu aktuellen Themen
 - 6.4 Information zum Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum Inklusion (RZI)

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Weinstock**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend stellte sie mit Frau Thiesen die für Wilhelmshaven zuständige Schuldezernentin der Niedersächsischen Landesschulbehörde (NLSchB) vor.

- 2 Genehmigung der Niederschriften über den öffentlichen Teil der gemeinsamen Sitzung von Schulausschuss und Betriebsausschuss GGS vom 07.04.17 und über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 17.08.17

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der gemeinsamen Sitzung von BGGS und SchA vom 07.04.17 wurde einstimmig genehmigt. Zur Niederschrift über den öffentlichen Teil bat **Herr Dr. von Teichman** um Ergänzung der vollständigen Bezeichnung des KOV (TO 4.1) und um Ergänzung der bejahenden Antwort von Frau Lorenz zu seiner Nachfrage zur Reinigungsumfrage (ebenfalls TO 4.1). **Herr Hofmann** teilte mit, diese Ergänzungen im Protokoll vorzunehmen. Mit diesen Änderungen wurde anschließend auch diese Niederschrift einstimmig genehmigt.

3 Genehmigung der Tagesordnung und Verpflichtung nach § 60 NKomVG

Frau Weinstock bat mit Blick auf Folgetermine von Frau Thiesen um Vorverlegung des TO „Anfrage Ratsherr Kunze“. Mit dieser Änderung wurde die Tagesordnung einstimmig genehmigt.

Frau Bartnick-Hoeft, stellvertretende Vertretung der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen wurde von **Frau Weinstock** gem. § 60 NKomVG durch Handschlag verpflichtet.

4 Anfrage Ratsherr Kunze

Herr Kunze erfragte die Versorgung mit Lehrkräften und das Verfahren zu den Quereinsteigern sowie zu den „Feuerwehrkräften“. Auf die Anlage „Anfrage Ratsherr Kunze“ wird verwiesen.

Frau Thiesen verwies auf den Umstand, dass die Zahlen zur Lehrerversorgung erst nach Freigabe durch das Kultusministerium bekannt gegeben werden dürfen und die Statistiken sich zzt. in Bearbeitung befinden, weshalb sie nun hierzu noch keine Auskunft geben dürfe. Zu Vertretungslehrkräften und zum Quereinstieg könne sie ausführen. So werde nach der Information aus einer Schule, dass jemand als Quereinsteiger eingestellt werden solle, dies tiefgreifend geprüft, inwieweit diese Person einstellungsfähig ist. Auf Hinweis von **Herrn Kunze** zu den früheren Halbjahresstatistiken gab **Frau Thiesen** an, dass die NLSchB seit jeher mit der Sommerstatistik und der Prognose arbeite, danach werde nach Freigabe die Statistik auch veröffentlicht.

Herr Ehlers begehrte mit Blick auf die Wilhelmshavener Schulen zu wissen, ob in den Statistiken einzelne Schulstandorte einsehbar seien. **Frau Thiesen** erwiderte, dass man nach der Freigabe auch über die Wilhelmshavener Zahlen sprechen könne und die NLSchB alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutze, um die hiesigen Schulen zu versorgen. Hinzu verwies sie auf den Umstand, dass zzt. nicht genügend Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Herr Dr. Dr. Klinke Mibert fragte, ob eine pädagogische Überprüfung der Quereinsteiger stattfinde. Mit Verweis auf die Eigenverantwortlichkeit der Schulen bejahte dies **Frau Thiesen** und bekräftigte, dass keine Einstellung ohne fachliche und pädagogische Eignung erfolge.

Auf Nachfrage von **Herrn Burkhart** nach der Anzahl unbesetzter Lehrerstellen antwortete **Frau Thiesen**, dass nicht alle freien Stellen besetzt werden konnten, Ab-

ordnungen nötig seien und es zzt. an einer hiesigen Oberschule zwei noch offene Stellen gebe. Auf die Fragen von **Herrn Ehlers** zu den zur Verfügung stehenden Maßnahmen (auch den beamtenrechtlichen) antwortete **Frau Thiesen**, dass die NLSchB als ausführende Behörde Stellenbedarfe ermittele, Stellenanträge genehmige sowie Stellen zuweise und das Personal dort einsetze, wo der größte Mangel herrsche. Die Arbeit der Landesschulbehörde erfolge auf Grundlage der Erlasse.

Herr Dr. Dr. Klinke-Mibert erkundigte sich nach dem Stundenumfang des Unterrichtsausfalls und der nötigen Vertretungsstunden. **Frau Thiesen** gab an, hier darauf nicht antworten zu können, da eine solche Anfrage auf dem offiziellen Wege erfolgen müsse. Dann werde genau recherchiert. **Herr Dr. Dr. Klinke-Mibert** erfragte daraufhin, wie denn in Unkenntnis der Fehlstunden der Lehrbedarf geplant werde. **Frau Thiesen** gab an, sie schaue immer nach der Versorgung, wann z. B. jemand in Pension gehe. Dies habe mit Unterrichtsausfall nichts zu tun. Auf weitere Nachfrage von **Herrn Dr. Dr. Klinke-Mibert** gab **Frau Thiesen** an, sie habe keine Informationen zum Unterrichtsausfall einzelner Schulen und an der Grundschule Rheinstraße könne auf Grund der Verlässlichkeit kein Unterricht ausfallen.

Herr Dr. von Teichman fragte, ob es eine Statistik zum Krankenstand der Lehrkräfte und ggf. ein langfristiges Programm gebe, mit dem auf die bevorstehenden Pensionierungen reagiert werde. **Frau Thiesen** teilte mit, dass die NLSchB nicht für die langfristige Planung zuständig und darum hierfür nicht die Ansprechpartnerin sei, die Behörde aber zum Aspekt „Arbeit und Gesundheit“ gut aufgestellt sei (z. B. mit entsprechendem Personal, u. a. mit Arbeitspsychologen). Eine Statistik zu Erkrankungen gebe es nicht. **Herr Dr. von Teichman** führte aus, dass beispielsweise an einer Grundschule nur an vier bis sechs Tagen im Jahr alle Lehrkräfte anwesend waren und wies auf die Existenz diverser Statistiken zu Krankenständen hin. **Frau Thiesen** erklärte, dass sie i. R. der Anträge auf Vertretungen, welche sie bearbeite, von langfristigen Erkrankungen erfahre.

Herr Seidel erfragte, ob die NLSchB auch pro-aktiv informiere. **Frau Thiesen** antwortete, dass die NLSchB zu diversen zuvor abgesprochenen Tagesordnungspunkten beraten könne, aber keine Fragestunden veranstalte und die schwierige Lehrerversorgung allgemein bekannt sei. Entscheidend sei, dass die NLSchB das, was man tun könne, auch tue und die Schulen so unterstütze, dass diese auch gut arbeiten können. Sie wisse, dass die Information aus der NLSchB früher fester Tagesordnungspunkt gewesen sei, aber man nun nur noch gezielt auf entsprechende Tagesordnungspunkte und Einladung reagiere.

Frau Thiesen gab auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** an, dass zusätzliche Stellen für die Schulsozialarbeit bewilligt wurden und nun die Besetzungen vorgenommen werden können. **Herr Feist** ergänzte, dass gestern die Kultusministerin die erforderliche Verfügung unterzeichnet habe und nun das Einstellungsverfahren starte. Je eine Vollzeitstelle entfalle auf die OBS Stadtmitte, das NGW sowie die Grundschulen Altengroden und Mühlenweg. Auf Nachfrage von **Herrn Burkhart** führte **Herr Feist** weiter aus, dass für die OBS Stadtmitte insgesamt zwei Vollzeitstellen vorgesehen seien, hinzu noch temporäre projektbezogene Einsätze über den Jugendhilfeeinsatz erfolgen und es nicht an allen Wilhelmshavener Schulen Stellen für

Schulsozialarbeit gebe.

Frau Thiesen wies abschließend daraufhin, dass ausreichend Stellen zugewiesen und ausreichend Verfügungsstellen genehmigt werden. Es hapere aber mangels Personal oft an der Besetzung.

Frau Weinstock verwies auf die Möglichkeit für die anwesenden Schulleitungen, Fragen an Frau Thiesen zu stellen. Hiervon wurde jedoch kein Gebrauch gemacht.

5 Antrag der Gruppe GUS: Verkehrssicherheit für die SchülerInnen auf den Schulwegen **539/2017**

Der Antrag 539/2017 wurde von **Frau Weinstock** verlesen und erläutert.

Herr Feist gab an, dass die Verwaltung diesen Antrag grundsätzlich unterstütze, da es vor Ort bei den Schulen viele Situationen gebe, die nachdenklich machen. Zur Verkehrssicherheit an Schulen habe es Kontakte mit Polizei, Stadtelternrat und Verkehrslenkung gegeben. Für die Erarbeitung von Lösungen erbat er Zeit bis zum ersten Quartal 2018. **Herr Burkhardt** wies darauf hin, dass es bezogen auf die Schulstandorte keine Universallösung, sondern Individuallösungen brauche.

Frau Weinstock bat um Abstimmung zum Antrag 539/2017.

Beschluss: Einstimmig ohne Enthaltungen

Antrag an den Rat, den VA und die zuständigen Fachausschüsse: Verkehrssicherheit für die SchülerInnen auf den Schulwegen. Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Verkehrssicherheit für die SchülerInnen auf Schulwegen und um die Schulen herum verbessert werden kann. Die Eltern- und Lehrervertretungen sind in die Gespräche mit einzubeziehen. Unter anderem ist darauf hinzuwirken, dass die Anzahl der „Eltern-taxis“ bis direkt vor die Schule verringert wird. Dafür sind zu prüfen:

- die Verbesserung von pädagogischen und Informationsangeboten im Rahmen der Verkehrserziehung in Kooperation mit der Polizei;
- die Schaffung von sicheren Räumen um Schulen herum, in denen motorisierter Individualverkehr, sowie das Parken und Halten zu Gunsten der Verkehrssicherheit eingeschränkt ist;
- die Ermöglichung alternativer Haltebereiche (Kiss and Ride) in angemessener Sicherheitsdistanz zur Schule;
- die Anpassung der Geschwindigkeitsregulierung und ihre Überwachung;
- die Verbesserung der Bewerbung von alternativen Beförderungsoptionen wie Fuß, Rad und Bus an den Schulen, insbesondere für die Zielgruppe Eltern.

In einem ersten Schritt sind in diesem Prozess die Grundschulen einzubeziehen, danach sind die weiterführenden Schulen zu berücksichtigen. Vergleichbares gilt für die Verkehrssicherheit an und um Kindertagesstätten.

Begründung:

Die Sicherheit von Schülerinnen und Schülern ist ein wichtiges Thema, dass Eltern,

Lehrer und Verwaltung engagiert vertreten. Allerdings sind nach Ansicht von Verkehrsexperten, der Polizei und auch des ADAC und der Verkehrswacht, individuelle Lösungen des Schulwegtransports häufig Teil des Problems. „Sein Kind in die Schule zu fahren ist gefährlicher, als es selbst gehen zu lassen“. Eine wissenschaftliche Studie im Auftrag des ADAC zeigt: Auch die Kinder vor der Schule sind in Gefahr, wenn Eltern ihre Kleinen bis vor die Schultüre fahren. Dass aus gut gemeinten Absichten vieler Eltern oftmals unkalkulierbare Sicherheitsrisiken für Schulkinder entstehen, zeigt ... Studie der Bergischen Universität Wuppertal Laut Statistischem Bundesamt kamen allein im Jahr 2015 10.363 Kinder unter 15 Jahren im Auto ihrer Eltern zu Schaden — deutlich mehr als Kinder, die zu Fuß unterwegs waren.

Die Studie zeigt, wie die konkrete Gefährdungssituation vor Grundschulen aussieht:

Hier gefährdeten in vielen Fällen Eltern durch regelwidriges Anhalten oder riskante Wendemanöver die Sicherheit anderer Schulkinder und Verkehrsteilnehmer teils massiv. Die „Elterntaxi“ Studie beklagt zudem als weiteren negativen Nebeneffekt, dass durch regelmäßige Hol- und Bringdienste die selbständige Mobilität von Schulkindern immer mehr verloren geht.

<http://www.adac.de/infotestrat/adac-im-einsatz/motorwelt/elterntaxi.aspx>

Mediziner und Pädagogen raten grundsätzlich dazu, die Kinder zu Fuß oder in späteren Jahren auch mit dem Rad zur Schule zu schicken, um dem Bewegungsmangel vorzubeugen und die Entwicklung eigener Verkehrskompetenz durch Nutzung eigener Potenziale zu befördern.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Informationen zur Grundschule Rheinstraße

Herr Bergner, Schulleiter der Grundschule Rheinstraße, stellte seine Schule mit zzt. 210 Kindern vor. Der Anteil daran von Kindern mit Migrationshintergrund betrage 69 % (mithin 145 Kinder) und hiervon besäßen 92 Kinder eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die Jahrgänge 3 und 4 seien dreizügig, der Jahrgang 2 werde dies nach den Herbstferien und der Jahrgang 1 sei nur zweizügig, weil dort zehn Zurückstellungen erfolgten.

Anschließend ging **Herr Bergner** auf die Lehrerversorgung und das weitere Schulpersonal ein. So habe die Schule für die Lehrkräfte einen Präsenznachmittag eingeführt. Neben den Lehrkräften verfüge die Grundschule u. a. über einen Bundesfreiwilligendienstler und eine Erzieherin. **Herr Bergner** erläuterte auch die Kooperationen und den muttersprachlichen Unterricht. Faktisch sei seine Schule eine Stadtteilschule, weil sich ein großer Teil der Elternschaft auch in Dingen, die nicht direkt den Schulbetrieb betreffen, an die Schule wenden.

Eindringlich ging **Herr Bergner** auf den Lärm in den Fluren seiner Schule ein: Trotz div. Bemühungen könne man die Kinder nicht immer zu einem leisen Verlassen des Gebäudes bewegen. Nachhallmessergebnisse liegen vor, inzwischen sei der Lärm eine unerträgliche Belastung für das Kollegium. Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Dr. Klinke-Mibert** gab **Herr Bergner** an, dass die Messung zu hohe Werte ergeben habe. Weiter bemängelte **Herr Bergner** den unübersichtlichen Pausenhof. Mit der in-

zwischen hohen Schülerzahl sei man hier restlos überfordert. Zu beachten sei dabei auch die wachsende Zahl von Inklusionskindern. Hilfreich sei hier eine ständig anwesende Schulsozialarbeit. Gut angebracht wären auch zusätzliche ErzieherInnen.

Seit einigen Wochen, so **Herr Bergner**, sei an der Grundschule Rheinstraße eine Sprachmittlerin für zwei Stunden pro Woche tätig. Dies sei für alle Beteiligten sehr hilfreich und dringend nötig. Er setzte sich eindringlich für den Fortbestand und zeitlichen Ausbau dieses Einsatzes ein.

Unter Verweis auf die Hinweise und Empfehlungen aus dem Kultusministerium im Schulverwaltungsblatt (SVBl) 9/2017 teilte **Herr Bergner** mit, komme inzwischen seine Grundschule an ihre Aufnahmegrenze, insbesondere wenn die Stadt nicht mit zusätzlichem Personal helfe. Beim derzeitigen Verhältnis von 145 Kindern mit Migrationshintergrund und 65 deutschen Kindern sei die Integration gefährdet. Mittlerweile sei die Grundschule Rheinstraße eine Brennpunktschule.

Hinzu verwies **Herr Bergner** auf die schlechte Parkplatzsituation in der direkten Schulumgebung. Für die Lehrkräfte gebe es zu wenige Stellplätze.

Auf Nachfrage von **Herrn Kunze** gab **Herr Bergner** an, er habe im Umfang von ein- einhalb Tage unterrichtsfrei.

Herr Feist dankte Schulleitung und Lehrkräften für die an der Grundschule Rheinstraße geleistete Arbeit. Die Stadt könne als Schulträger die Defizite in der Lehrerversorgung nicht ausgleichen. Zu den Sprachmittlern führte er aus, habe die Stadt zwei Mitarbeiter unbefristet eingestellt. Bei zwei weiteren seien die Verträge noch bis in das Jahr 2018 befristet, wobei auch hier eine unbefristete Verlängerung angestrebt werde. Zum Pausenhof führte **Herr Feist** aus, sei bekanntermaßen keine Erweiterung, sondern nur die weitere Gestaltung möglich. Zur Flurakustik erklärte **Herr Mertens**, sei durch die Anbringung von Schallschutzplatten bereits eine Verbesserung erreicht worden, jedoch die Gesamtmaßnahme noch nicht abgeschlossen.

Zur Lehrerversorgung gab **Herr Bergner** an, fehlten hier 28 Stunden. Zwei Stellen seien unbesetzt, die Abordnungen jedoch schon vor Ort tätig.

Herr Burkhardt hinterfragte mit Blick auf die mit Lärm einhergehenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen die von GGS gesetzten Prioritäten. **Herr Feist** gab an, dass die Maßnahmenanmeldungen durch den Fachbereich Bildung und Sport erfolgt seien und die Maßnahmen dann von GGS abgearbeitet werden.

Herr Ehlers erfragte, wie ein Aufnahmestopp an der Grundschule Rheinstraße vorzustellen sei. **Herr Bergner** erklärte, dass bei den Anmeldungen bekannt werde, ob ein Kind ein Flüchtlingskind sei und die betroffenen Schüler an andere Grundschulen verwiesen werden, wie es bereits an anderen Grundschulen praktiziert werde.

Frau Heide verwies darauf, dass die Akustik auch eine große Rolle beim Spracherwerb spiele, weshalb man sich für eine schnellstmögliche Umsetzung der nötigen

Schallschutzmaßnahmen einsetzen müsse. **Herr Dr. von Teichman** verwies auf die personelle Situation bei GGS und fragte, ob der Vermieter nicht tätig werden könne. Hinzu erfragte er die Möglichkeit der Anmietung von Parkraum für die Grundschule. Auch stellte er den Einsatz von Eltern auf dem Schulhof zur Debatte.

Herr Mertens erläuterte zur Parkplatzsituation, dass es sich im Bereich der Grundschule um öffentlichen Parkraum handele. TBW prüfe zzt. ob fünf bis sechs Lehrerstellplätze bereitgestellt werden können. Hinzu können ggf. weitere Plätze an der Sporthalle Süd genutzt werden.

6.2 Informationen zu der Entwicklung der Schülerzahlen

Herr Feist wies zunächst auf die heute veröffentlichte kleinräumige Einwohnerstatistik hin. Exemplarisch stellte er daraus die Bevölkerungszuwächse aus den Stadtteilen Bant und Innenstadt vor. Anschließend erläuterte er die Anmeldungen in den Jahrgängen 1 und 5 für das aktuelle Schuljahr und die Ausgangslage mit Bezug auf die Zuwanderung und leicht steigende Geburtenraten. Neue und zukünftige Prognosen gestalten sich schwierig, so **Herr Feist**, weil vielfältige und vielzählige Umstände zu berücksichtigen seien. Die aktuelle Prognose der zukünftigen Schülerzahlen versuche diese Berücksichtigung, wobei die Ausgangszahlen über das Programm „Bevölkerungsmodell“ ermittelt wurden. Hinzu erklärte **Herr Feist**, dass ein prozentualer „Puffer“ und der voraussichtlich ab 2018 einsetzende Familiennachzug zu Flüchtlingen als Annahme in die Prognose eingearbeitet wurden. Auch machte er deutlich, dass über die Grundschulbezirke verteilt unterschiedliche Klassengrößen vorliegen. Anschließend erläuterte **Herr Feist** den anzunehmenden Schülerzahlanstieg im Sekundarbereich 1, welcher sich insbesondere auf den Oberschulbereich auswirken werde. **Herr Feist** teilte unter Verweis auf die aktuellen räumlichen Möglichkeiten mit, dass zusätzliche Gebäudekapazitäten nötig werden. Im Übrigen wird auf die Anlage „Prognose_Schülerzahlen_SchA_210917“ verwiesen.

Herr Feist regte an, dass auch in der künftigen AG-SEP diese Thema mit seinen Handlungsoptionen erörtert werden könne. An dieser Stelle erbat Frau Weinstock aus dem Ausschuss ein Signal, ob ein Antrag zur Gründung einer solchen AG gestellt werden soll. Hierfür erhielt sie überwiegende Zustimmung. **Frau Marxfeld** bekräftigte die Zustimmung für die SPD-Fraktion, ebenso tat **Herr Ehlers** die Zustimmung der Gruppe CDU/WBV kund.

Herr Kunze erfragte die Anzahl der zu eröffnenden Grundschulen. **Herr Feist** teilte mit, dass bald alle Grundschulen im Süden und der Mitte der Stadt ihre Aufnahmegrenzen erreichen würden, mit Blick auf die Schülerbeförderung ggf. in wohnortnahe neue Schulstandorte investiert werden müsse und im äußersten Fall zwei neue Grundschulstandorte nötig seien.

Herr Kunze meinte in einem Rückblick auf die seine Anfrage, dass seitens Frau Thiesen viele Fragen nur allgemein beantwortet wurden. Er nehme sehr viel Unterrichtsausfall wahr, was im Gegensatz zu Presseberichten stehe. **Frau Weinstock** erklärte, es finde oft kein entsprechender Unterricht mehr statt, aber auf Grund der Verlässlichkeit der Schulen falle dies nicht auf, weil z. B. Betreuung angeordnet werde. **Herr Burkhardt** verwies auf das Internet-Portal www.fehlstunden-nds.de, in

dem der Umfang von Fehlstunden an den niedersächsischen Schulen nachzulesen sei.

6.3 Bericht des Stadelternrates zu aktuellen Themen

Herr Burkhardt verwies auf die am 28.09.17 stattfindende StER-Sitzung. Themen werden dabei Elternschulungen, die AG-SEP und die Gespräche mit den einzelnen politischen Fraktionen sein. **Frau Weinstock** regte an, dass künftig „Berichte des StER“ ständiger Tagesordnungspunkt dieses Ausschusses sein sollte.

6.4 Regionales Beratungs- und Unterstützungszentrum Inklusion

Herr Mertens teilte mit, dass die Stadt Wilhelmshaven den Zuschlag für ein RZI erhalten habe. Die Einrichtung solle zum 01.08.18 erfolgen und die Planungsgruppe tage erstmals am 26.10.17.

Zu Protokoll: Die erste Sitzung der Planungsgruppe ist auf Mitte November verschoben worden.

B Nichtöffentlicher Teil